

Russland in Zeiten der Krise: Umdenken oder Kräftesammeln?

Aus russischen Fachzeitschriften und Zeitungen des zweiten Halbjahres 2008

Falk Bomsdorf

Im zweiten Halbjahr 2008 erlebte Russland zwei Krisen: den Fünf-Tage-Krieg im Kaukasus im August und die Finanz- und Wirtschaftskrise ab September. Die Auseinandersetzung im Kaukasus, die mit ihren Auswirkungen zunächst das Hauptthema in den Periodika war, trat allmählich in den Hintergrund, je mehr deutlich wurde, dass die ökonomische Krise entgegen den Annahmen auch Russland erfasste. Was es indessen für die russische Politik bedeutet, dass die Wirtschaftsleistung des Landes abnimmt, die Preise für Öl und Gas rapide sinken und die finanziellen Reserven abschmelzen, wird in den Publikationen weniger thematisiert.

Fedor Luk'janov, Chefredakteur von *Rossija v global'noj politike* und keiner, der dem Kreml nach dem Munde redet, schreibt in seiner Einführung zum November/Dezember-Heft, der georgische Angriff Südossetiens und die weltweite Reaktion auf Russlands militärische Antwort darauf hätten in der russischen Politik und der öffentlichen Meinung eine neue Lage geschaffen. Moskau habe sich zum ersten Mal seit dem Zerfall der Sowjetunion in einer Situation gesehen, wo es ohne Rücksicht auf die Erwartungen und Vorstellungen seiner ausländischen Partner in dieser Weise handeln müssen, um seine vitalen Interessen zu schützen. Luk'janov sieht dies als wichtige Etappe in der Herausbildung der »staatlichen Identität« des Landes. Und **Dmitrij Bulin**, ein Nachwuchs-

journalist und Absolvent des MGIMO, der Moskauer Eliteuniversität, schreibt im Septemberheft von *Političeskij klass* (»Einheit vor dem Hintergrund der Mobilisierung«), dass das russische Vorgehen im Kaukasus von den Experten im Lande einhellig als Ausdruck von Stärke und Selbstbewusstsein der Führung aufgefasst werde. Erstmals seit langer Zeit fänden die Personen an der Spitze des Staates mit ihren Handlungen die Billigung fast all derjenigen, die sich professionell mit der Analyse des Regierungshandelns in Russland befassten. Wenn man dann noch berücksichtige, dass die bei weitem überwiegende Mehrheit im Lande die Aktion im Kaukasus unterstütze, biete sich ein geradezu idyllisches Bild: Das Vorgehen des Kreml gegen Georgien habe die russische Gesellschaft geeint.

In der Tat billigt, wenn es auch durchaus abweichende Meinungen gibt, die überwiegende Zahl der Autoren das russische Vorgehen. So kommt etwa **Aleksej Makarkin**, Vizepräsident des Zentrums für Politotechnologie, im *Eženedel'nyj žurnal* vom 14. August zu dem Schluss, es habe für den Kreml keine Alternative gegeben: »Kein Land der Erde kann ruhig zusehen, wie man seine Soldaten umbringt. Es kommt ihnen unverzüglich zu Hilfe und mobilisiert dazu alle verfügbaren Mittel, natürlich auch militärische.« Und der Politologe **Sergej Černjachovskij** merkt unter der Überschrift »Chauvinismus andersherum« am 10. September in der Internetzeitung *gazeta.ru* an, es sei absurd, sein eigenes Land in einem Krieg nur deshalb nicht zu unterstützen, weil einem die gegenwärtige Regierung nicht gefalle. »In der Geschichte gibt es Fälle, in denen nichtdemokratische Regierungen gerechte Kriege geführt und [...] in Wirklichkeit demokratische Werte verteidigt und behauptet haben.«

Einzelne Autoren stellen bei aller Zustimmung zum russischen Vorgehen im Kaukasus Forderungen, die in manchem nicht auf der Linie des Kreml liegen. So meinen **Andrej Kolganov** und **Aleksandr Buzgalin**, wissenschaftlicher Mitarbeiter bzw. Professor an der Moskauer Universität, in einem Artikel in der *Nezavisimaja gazeta* vom 11. September (»Der Kaukasuskrieg und die Volksinteressen«), dass »den imperialen Ambitionen friedliche, folglich demokratische Alternativen entgegengesetzt werden müssen«. Es sei an der Zeit, etwas wirklich Sinnvolles zu tun, nämlich nicht nur den Abchasen und Osseten, sondern auch den Tschetschenen die Möglichkeit zu geben, frei über ihre Zukunft zu bestimmen. Im übrigen solle man fein zwischen den Völkern Georgiens und jenen Kräften unterscheiden, die Saakaschvili unterstützten. Der Westen schließlich solle seine »prinzipienlose Haltung in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker« überdenken und überdies – ein seltener, wichtiger Hinweis – zwischen den Bürgern und der Führung Russlands differenzieren.

Nur wenige Autoren verurteilen das russische Vorgehen ohne Vorbehalt. Zu ihnen gehört **Andrej Illarionov**, Direktor des Instituts für wirtschaftliche Analyse und von 2000 bis 2005 Wirtschaftsberater Präsident Putins. In einem kurzen, thesenartig gehaltenen Artikel in der Internetzeitung *grani.ru* setzt sich Illarionov am 13. August, unmittelbar nach Ende des Krieges, radikal vom russischen Mainstream ab. Auch er lobt das russische Vorgehen, aber nur dem Anschein nach; denn er meint es keineswegs positiv, wenn er schreibt, das russische Vorgehen sei eine »glänzende Provokation«, lange vorbereitet und erfolgreich ins Werk gesetzt durch die russischen *siloviki*, also durch Streitkräfte und Geheimdienste. Es sei auch ohne Zweifel eine Leistung des Regimes, die öffentliche Meinung in Russland manipuliert und die Bevölkerung in kompletter Unwissenheit gehalten zu haben. Ergebnis sei eine massenhafte hysterische Reaktion auf das tatsächliche Geschehen. In Wirklichkeit habe Russland indessen, so Illarionov, nicht gewonnen, sondern verloren: Das Land sei außenpolitisch vollständig isoliert; und die finanziellen, außenpolitischen und moralischen Verluste Russlands seien größer als diejenigen Georgiens. Dieses stehe als Opfer einer russischen Aggression da. Als Konsequenz habe die Welt wieder begonnen, den »russischen Bären« zu fürchten. All dies schade vor allem den Menschen in Russland, denen Illarionov angesichts des Krieges empfiehlt, im Umgang mit der »Macht«, also der Obrigkeit in Russland, wieder bestimmte Regeln zu befolgen: Glaube nichts, fürchte nichts, bitte um nichts, kooperiere nicht. Dies sind, wie der Leser von Solženyčins Werken weiß, die Regeln des Gulag.

Russland als einzige Ordnungsmacht im Kaukasus?

Vitalij Tret'jakov, der großrussisch gesinnte Chefredakteur von *Političeskij klass*, vertritt in einem in der Septemberrummer erschienenen Aufsatz (»August 2008. Ein

Ende. Ein Anfang») die Auffassung, der Westen als Verursacher der Augustkrise habe nie begriffen, dass der Kaukasus ein »einzigartiges geopolitisches Phänomen« sei, eine der wesentlichen Achsen, um die sich seit Tausenden von Jahren die Weltgeschichte drehe. Mit dem Kaukasus umgehen, über ihn verfügen könne nur, wer dort lebe, ihm zugehöre. Komme aber eine »dritte Kraft« hinzu, wie das jetzt geschehen sei, führe das stets zu innerkaukasischen wie geopolitischen Widersprüchen und folglich zu Kriegen. Russland sei im übrigen keine solche »dritte Kraft«, sondern ein Teil des Kaukasus; unter ihm hätten stets Ruhe und Frieden geherrscht: Die Russen hätten, so der Autor in einer eigenwilligen Interpretation der Geschichte, nach der Unterwerfung des Kaukasus einen »optimalen Modus vivendi« mit den Bergvölkern gefunden.

Ohne Russland, so auch **Aleksej Vlasov**, stellvertretender Dekan der historischen Fakultät der Universität Moskau, in der fünften Ausgabe von *Rossija v global'noj politike*, sei im Kaukasus ein Krieg aller gegen alle unausweichlich. **Dina Malyševa**, Mitarbeiterin des IMEMO, eines Think-Tank der Akademie der Wissenschaften, fügt in der Oktobernummer von *Svobodnaja mysl'* (»Der kaukasische Knoten der Weltpolitik«) hinzu, der Fünf-Tage-Krieg habe deutlich gemacht, dass zum einen das für den Kaukasus entworfene »amerikanisch-europäische Kommunikations- und Energieprojekt« kaum noch Chancen habe und dass zum andern die Pipelines, die mit Unterstützung der USA in der Region gebaut worden seien oder noch gebaut werden sollten – »durch das unsichere georgische Territorium« –, äußerst gefährdet seien.

Eine erneute »Sammlung russischer Erde«?

Für **Tret'jakov** bedeutet der August 2008 einen Wendepunkt in den Beziehungen Russlands zum Westen: das Ende des »Zurückweichens« (*otstuplenie*) und den Beginn

eines neuen geschichtlichen »Ausgreifens« (*nastuplenie*) Russlands. Mit der Anerkennung Abchasiens und Südossetiens habe der Kreml, so Tret'jakov, einen Prozess des »Sammelns« (*sobiranie*) begonnen, mit dem Ziel einer neuen »Russländischen Union« (*Rossijskij Sojuz*) – dies eine der Lieblingsideen des Autors, der Russland für ein »unionsbildendes Subjekt der Weltpolitik« hält und der die Entwicklung als ein erneutes »Sammeln der russischen Erde« begreift, wie es die Moskauer Großfürsten und später die Zaren betrieben haben.

Vadim Cymburskij, Politologe und Mitarbeiter des Instituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften, hatte während des Fünf-Tage-Kriegs im August die russische Führung dazu aufgerufen, nicht nach Tbilisi durchzumarschieren und sich mit der Erreichung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens zufriedenzugeben. Wohl auch aus diesem Grund hatte ihn die Redaktion des kremlnahen *Russkij žurnal* gebeten, eine alternative Strategie für ein Russland zu skizzieren, »das sich unverhofft seiner Macht bewusst geworden ist«. In seinem daraufhin verfassten und im September erschienenen Artikel meint Cymburskij, dass Russland nicht auf Gewalt setzen müsse, um sein Ausgreifen zu ermöglichen und abzusichern. Russland ist für ihn eine Insel; die umliegenden Territorien, die kulturell, geographisch und strategisch mit ihm verbunden seien, bilden, so Cymburskij, deren Schelf, gehören also zu Russland, ob sie sich im Nordpolarmeer befinden oder etwa in Nordkazachstan oder der östlichen Ukraine.

»Schelf« ist damit für Cymburskij ein »grundlegender strategischer Begriff«; mit seiner Hilfe gelingt es ihm, Russland Territorien wieder zuzuschlagen, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verloren schienen oder die, wie der Hinweis des Autors auf den Arktischen Ozean zeigt, nie zum Bestand des Landes gerechnet wurden und erst seit kurzem von Russland beansprucht werden. Für die Absicherung dieses so verstandenen Schelfs herrschten gegenwärtig, so Cymburskij, günstige Be-

dingungen: Russland besitze Nuklearwaffen und dazu Streitkräfte, die fähig seien, örtlich begrenzte Operationen auszuführen; außerdem seien die maßgebenden Weltmächte wirtschaftlich von Russland abhängig. Diese Faktoren müsse man – und diese Forderung verrät den Inhalt der Strategie des Autors – auch künftig richtig nutzen, um »erfolgreich jene Aufgaben zu lösen, die in dem uns umgebenden Gürtel entstehen«, soll offenbar heißen, um diese Gebiete dorthin zurückzuführen, wohin sie nach Auffassung Cymburskijs gehören: zu Russland.

Ein neuer Kalter Krieg?

In zahlreichen Artikeln wird vor der Gefahr eines neuen Kalten Krieges gewarnt; manche Autoren sehen ihn bereits angebrochen und analysieren seine Eigenheiten. Zu ihnen gehört **Sergej Karaganov**, Dekan der Fakultät für internationale Politik und Wirtschaft an der angesehenen Hochschule für Wirtschaft und stellvertretender Direktor des Europainstituts der Akademie der Wissenschaften. In der *Rossijskaja gazeta* vom 29. August und in der September/Oktoberausgabe von *Rossija v global'noj politike* gibt er, noch ganz unter dem Eindruck des Fünf-Tage-Krieges und in offenkundigem Bewusstsein neuer russischer Macht, die Hauptschuld an der prekären Entwicklung dem Westen, also den Europäern und den USA. Vor kurzem noch ihre Triumphe feiernd ob der erwiesenen Überlegenheit ihres Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells, suchten diese angesichts des wirtschaftlichen Erstarkens Russlands (und natürlich Chinas) die Gründe für ihr eigenes unerwartetes Zurückbleiben und fänden es im »autoritären Kapitalismus« jener Länder.

In dieser Perspektive habe der Westen nun zu einem Gegenangriff angesetzt, um die verlorengegangenen Positionen wiederzugewinnen und die Neuordnung der Welt zu verhindern. Russland sei wieder zum Konkurrenten des Westens geworden, aus dem man dann wieder einen Feind machen

könne, um ihn, so wörtlich Karaganov, erneut zu vernichten. Die Reaktion Moskaus auf »die Aggression Tbilisis und der hinter ihm stehenden Kräfte« verstärke noch die Entschiedenheit der Gegner, Russland zu stoppen, solange es nicht über noch mehr Macht und Einfluss verfüge. Als wichtigstes Ziel des Westens »in dem Spiel, das man uns aufzwingt«, sieht Karaganov die Verhinderung der Modernisierung Russlands: Man habe in den westlichen Hauptstädten erkannt, dass der Modernisierungsprozess nicht zur Herausbildung eines Vasallen, sondern zur Wiedergeburt eines Konkurrenten führe.

Die gefährlichste Phase dieser Auseinandersetzung liege, so Karaganov, noch vor uns. »Die Gegenseite« wolle mit dem Beitritt der Ukraine zur Nato eine umfassende Krise auslösen. Die Aufnahme der Ukraine sei »aus offenkundigen strategischen Gründen absolut unannehmbar für Russland«; wenn es dazu komme, sei eine Konfrontation auch militärischer Art unausweichlich. Generell ist Karaganov der Überzeugung, Russland müsse die Herausforderung durch den Westen annehmen und dürfe nicht zurückweichen. In der gegenwärtigen Phase gelte es vielmehr, den Einsatz zu erhöhen. Was Karaganov damit meint, geht aus seinem Hinweis hervor, es sei ein Fehler gewesen, das militärische Potential Georgiens nicht zur Gänze zu vernichten.

In seinem Konfrontationsszenario beginnt Karaganov wie in früheren Zeiten die Ressourcen zu zählen und einander gegenüberzustellen. Dabei kommt er zu Ergebnissen, die für Russland nicht von Vorteil sind. Die Armee sei schwach, man müsse sie dringend modernisieren. Darüber hinaus müsse man – ein einigermaßen ominöser Hinweis – die Flexibilität und die politische Nutzbarkeit der Nuklearwaffen stärken. Im übrigen, meint Karaganov, auch wenn es paradox klinge, verfüge Russland »in den ersten Phasen der Konfrontation [...] über mehr Karten« als die andere Seite. Das Dumme sei nur, wie er mit geradezu entwaffnender Naivität hinzufügt, dass man auch sich selbst Schaden zufüge, wenn man

diese Karten ausspielen und dem Westen damit schade.

Eine neue Strategie für Russland?

Dmitrij Trenin, Direktor des Moskauer Carnegie-Zentrums und einer der scharfsinnigsten Analytiker russischer Außen- und Sicherheitspolitik, plädiert in seinem in der letzten Nummer von *Pro et Contra* erschienenen Artikel (»Nicht-praktikabler Pragmatismus«), geschrieben nach Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise, für einen modifizierten außenpolitischen Ansatz des Kreml. In Moskau sei man vor vier Jahren zu dem Schluss gekommen, Washington habe die letzten Hemmungen fallenlassen und sei zu einer Politik der Einhegung (*sderživanie*) Russlands übergegangen, in deren Verfolgung proamerikanische Regierungen an den Grenzen Russlands Konflikte provozierten. Damit sei in den Beziehungen zu den USA eine bestimmte Linie überschritten worden. Das russische Vorgehen im Kaukasuskrieg sei in diesem Lichte nicht nur gegen Georgien gerichtet gewesen, sondern auch gegen die amerikanische Administration. Mit Blick auf die erklärte Bereitschaft Washingtons, auch künftig seine Quasi-Verbündeten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zu verteidigen, habe demonstriert werden sollen, dass diese nicht auf Sicherheitsgarantien der USA zählen könnten. Zu der Zeit, als viele in den USA und Europa den Einfall Russlands in Georgien als Wendepunkt angesehen hätten, der eine Periode revanchistischer Expansion Moskaus einleite, und sich fragten, welches Land das nächste Opfer sein werde, habe man im Kreml eine entsprechende, aber an Washington gerichtete Frage gestellt, nämlich wer als nächster Provokateur vom Schlage Saakaschvilis versuchen werde, Russland in einen neuen Konflikt an seinen Grenzen zu verwickeln. Derartige Konflikte, so fürchte man laut Trenin in Moskau, seien nicht nur geeignet, Russland von der Verwirklichung seiner wirtschaftlichen und sozialen Programme

abzuhalten und das Land in einen verhängnisvollen Rüstungswettlauf zu treiben, sondern böten auch die Möglichkeit, die Einheit des Westens auf antirussischer Grundlage wiederherzustellen.

Die Septemberkrise habe dann, so Trenin, alles geändert. Die Hoffnung, dass Russland ein ruhiger Hafen bleiben werde, während der Ozean vom Sturm erfasst wird, habe sich als naiv herausgestellt. Die Krise habe die russische Wirtschaft voll erfasst. Insbesondere die in den Zeiten des Ölbooms gebildete Sicherheitsreserve habe sich gegenüber der in derselben Periode eingetretenen kolossalen Verschuldung der russischen Industrie als nicht ausreichend erwiesen. Als Folge dieser Erkenntnis sei die »Mobilisierungsagenda«, die als Drohung im Staub des Georgienfeldzuges deutlich geworden sei, in Russland plötzlich nicht mehr gefragt gewesen. Offensichtlich sei, so Trenin, das 19. durch das 21. Jahrhundert abgelöst worden, sei Moskau bei nüchterner Betrachtung zu dem Schluss gekommen, dass Russland aufs engste mit der Welt verknüpft sei und dass die USA keineswegs im Sterben lägen. So sprächen der Kreml wie das Moskauer Weiße Haus nunmehr von ganz anderen Themen als von einer neuen Konfrontation mit dem Westen: Modernisierung, Diversifikation, Innovationen, Beitritt zur Welthandelsorganisation.

Zum Schluss seines Artikels folgen, wie immer bei Trenin, Anregungen, wenn nicht gar Forderungen an den Kreml mit Blick auf dessen künftige Politik. Wenn Russland Anspruch auf eine globale Rolle erhebe, dann müsse es der Welt mehr bieten als sinnlose öffentlichkeitswirksame Gesten. Die Führung wisse, dass Position und Möglichkeiten des Landes in der internationalen Arena vor allem von seiner Konkurrenzfähigkeit abhingen. Und wenn die zu diesem Zweck angestrebte Modernisierung wirklich zu den Prioritäten der Regierung gehöre, dann müsse der Kreml seine Beziehungen zu den USA als »der führenden Weltmacht« unter diesem Blickwinkel überprüfen. Nötig seien neue Themen, neue An-

sätze, neue Menschen; im übrigen müsse mit der Vorstellung des Kampfes mit dem amerikanischen Imperialismus ebenso Schluss gemacht werden wie mit der offiziellen antiamerikanischen Propaganda.

Auch gegenüber Europa dürfe es Moskau nicht nur bei Worten belassen, sondern müsse zu einem neuen Ansatz kommen; er dürfe nicht mehr – eine Beschreibung der bisherigen Politik des Kreml – von Hochmut und Glauben an die eigene Einzigartigkeit, von Unduldsamkeit gegenüber jeder Kritik und der ständigen Suche nach Feinden gekennzeichnet sein. Nötig sei eine »ruhigere Politik«, die auch auf Verbesserung des Verhältnisses zu den Ländern gerichtet sein müsse, zu denen man bisher schlechte Beziehungen habe, vor allem also Polen und die Baltischen Staaten. Darüber hinaus müsse der »taktische Sieg Moskaus in der Frage der Nato-Erweiterung und teilweise auch des Fünf-Tage-Krieges« richtig genutzt werden, insbesondere durch Verstärkung der Bemühungen um Frieden in Moldawien und Nagornyj Karabach sowie durch Dialog mit gesellschaftlichen und politischen Kräften in Georgien. Schließlich müssten auch Beziehungen zur Ukraine gestaltet werden; sie sollten auf zwei grundlegenden Elementen aufbauen: auf der Nähe beider Länder und Völker und der Unabhängigkeit der Ukraine von Moskau.

Die Krise werde zeigen, so Trenin, ob Russland zu wirklicher Führung in dem Teil der Welt fähig sei, den es als Sphäre seiner privilegierten Interessen betrachte: Osteuropa, Transkaukasus, Zentralasien. Entweder Russland erkläre sich zu wirtschaftlicher Integration bereit oder ziehe sich wieder in Egoismus und Abgeschlossenheit zurück. Der Pragmatismus, auf den die russische Außenpolitik so stolz gewesen sei, sei jedenfalls völlig ungenügend: Zwanzig Jahre nach Beendigung des Kalten Krieges habe er Russland wieder an die Schwelle einer Konfrontation mit den USA geführt. Dank sei der Finanzkrise dafür, dass sie die geopolitische Krise gleichsam gelöscht habe. Trenins Mahnung am Schluss seines Artikels: Russland fliege

immer noch mit nur einem Flügel – dem von Geld und Wirtschaft –, und das sei riskant. In Zukunft brauche es eine Strategie, die auf einer realistischen Sicht der Weltlage und ihrer Perspektiven beruhe.

Gegen die Realisten, für Werte

Lilija Ševcova, Mitarbeiterin des Moskauer Carnegie-Zentrums und eine der brillantesten AnalytikerInnen der russischen Innen- wie Außenpolitik, beteiligt sich mit einem am 11. November in der Internetzeitung *polit.ru* veröffentlichten Beitrag an der Diskussion über Russlands Platz in der Welt, wie sie nach den beiden Krisen in Moskau mit Nachdruck eingesetzt hat. Dabei kritisiert sie alle Seiten: den Kreml wegen einer Politik, die sie für verfehlt hält; den Westen, dem sie vorwirft, das Moskauer Spiel ohne Not mitzuspielen; schließlich die namhaftesten außenpolitischen Experten Moskaus, deren Meinungsäußerungen sie für apologetisch hält.

Der russische Patriotismus habe sich, verbunden mit der Vorstellung, von Feinden umgeben zu sein, als Idee erwiesen, mit der der Kreml die russische Außenpolitik erfolgreich habe konsolidieren können. Mit der Ausrufung »privilegierter Interessen« durch die Medvedev-Doktrin kehre man zur Ordnung von Jalta zurück, zu einer Kräftebalance, in deren Rahmen der Westen sich in die inneren Angelegenheiten Russlands und seine Einflussphäre gefälligst nicht einzumischen habe. Letztlich sei es die traditionelle Geopolitik, allerdings ohne die Wertekomponente, die der Kreml mit seiner Formel von der »Depolitisation der internationalen Beziehungen« da vorschlage.

Leitlinie der russischen Außenpolitik sei die Formel »Pragmatismus ist alles, Prinzipien sind nichts.« Mit dieser Haltung verwirkliche die russische Führung äußerst erfolgreich ihre Doktrin, gleichzeitig *mit* dem Westen und *gegen* ihn zu sein. Dabei hülfe ihr die Orientierungslosigkeit der westlichen Welt und der Zynismus der

westlichen Politiker mit ihrem Doppelstandard. Auf diese Weise sei es dem Kreml gelungen, den Westen zum Faktor des Lebens in Russland zu machen, zum Instrument der Rechtfertigung des politischen Regimes und seiner Reproduktion. Die westliche Gemeinschaft garantiere unterdessen das Überleben der russischen Klasse von Rentenbeziehern und damit des russischen Rohstoffkapitalismus sowie seines autoritären Systems, das auf antiwestlicher Rhetorik gegründet sei.

Der Kreml, so Ševcova mit offensichtlicher Indignation, benutze die liberaldemokratische Zivilisation zur Unterstützung des Antiliberalismus in Russland. Das bedrohe nicht nur den Westen selbst, sondern verderbe auch dessen Geschäftswelt und dessen politische Klasse, deren Vertreter der Kreml ständig kooptiere, wie es ihm generell immer wieder gelinge, die westlichen Eliten für seine Interessen einzuspannen. Dazu trage auch bei, dass westliche Beobachter Russlands regelmäßig den PR-Experten des Kreml gleichsam auf den Leim gingen. Dort werde etwa die gegenwärtige russische Aggressivität mit der »Erniedrigung der neunziger Jahre« erklärt, und schon mache sich der Westen Sorgen um das russische Befinden, anstatt zu fragen, ob das wirksamste Mittel, diese angebliche Erniedrigung zu überwinden, nicht eher im Aufbau einer blühenden Gesellschaft in Russland bestehe als in der erneuten Errichtung von Einflussphären.

Auch die von westlichen Beobachtern wie von kremlnahen Experten in Russland vertretene Auffassung, Russland sei für die Demokratie nicht bereit, sei, so Ševcova, ein Mythos, dessen Verbreitung den tatsächlich vorangehenden Prozess der Demokratisierung Russlands nur behindere. Dasselbe gelte für die bei westlichen Experten ebenfalls beliebte These, wonach sich in Russland als Vorstadium der Demokratie erst der Kapitalismus entwickeln müsse. Die russische Wirklichkeit zeige, dass es genau umgekehrt sei: Der Kapitalismus in Russland mitsamt seiner neuen Mittelklasse fördere nicht den Demokratisierungs-

prozess, sondern stütze das autoritäre Regime und seine nationalistische Ideologie. In dieser Perspektive spreche alles dafür, dass die bestimmenden Faktoren mit Blick auf künftige Entwicklungen die Politik und die Reform des Staates seien.

Die »Freunde Russlands« im Westen sollten einsehen, dass sie mit ihrer Unterstützung der aus dem Kreml kommenden Argumente zu freiwilligen Helfern der herrschenden Klasse in Russland würden und auf diese Weise das autoritäre Regime in Moskau stützten und sein Bestreben förderten, an der Macht zu bleiben. Ihren Kollegen, den bedeutenden außenpolitischen Experten, deren Ausführungen in diesen Spalten häufig vorgestellt werden (**Arbatov, Fjodorov, Karaganov, Trenin**), schreibt Ševcova ins Stammbuch, ihre an Real- und Interessenpolitik orientierten Vorschläge für neue Regelungen in der internationalen Arena seien letztlich nur auf das »komfortable Überleben und auf die Reproduktion des gegenwärtigen Russlands mit seiner korrupten Regierung und seiner ›Ölökonomie‹ ausgerichtet«. Man habe es in Wirklichkeit also mit einer *Schutzdoktrin* zu tun, im Dienste der Verteidigung des antiliberalen und antiwestlichen Systems, wie es in Russland herrsche. »Dabei wissen doch die verehrten Kollegen ganz genau, was das für ein System ist und nach welchen Prinzipien es funktioniert.«

Einsichten

Europa, vielleicht der Welt ist ein neuer Kalter Krieg, wie ihn der oben zitierte Sergej Karaganov und andere Autoren als bereits angebrochen ansahen, erspart geblieben, zumindest vorläufig. Dies liegt daran, dass die politische Krise, die sich in der Folge des Kaukasuskrieges aufgeschaukelt hatte, von der seit Herbst 2008 virulenten wirtschaftlichen Krise in den Hintergrund gedrängt worden ist. Die Entwicklung hat ihren Eindruck auf die russische Führung, wie Dmitrij Trenin beschreibt, nicht verfehlt. Dort denkt man immer noch

oder schon wieder in den Kategorien des Verhältnisses der Kräfte (*sootnošenie sil'*). In diesem Rahmen spielt die für das Putinsche Russland maßgebliche Machtwährung – Energieträger – die entscheidende Rolle. Fast über Nacht ist diese Währung massiv abgewertet worden und mit ihr die Macht des Kreml. Die Rhetorik Moskaus hat sich, auch dies beschreibt Trenin, entsprechend angepasst: Kooperation mit dem Westen ist nun wieder mehr gefragt. Bedeutet dies ein grundlegendes Umdenken Moskaus? Eher nicht; vielmehr spricht alles dafür, dass wir es erneut mit einem klassischen Phänomen russischer Machtpolitik zu tun haben: mit einer *peredyška*, also einer Atempause, in der Kräfte gesammelt werden sollen, bis das Potential wieder ausreicht, Großmachtambitionen zu verwirklichen.

Russland zeigt sich einmal mehr als eindimensionale Macht, nur dass es nicht wie früher militärische Macht, sondern Rohstoffe sind, auf die Moskau den Status des Landes gründet. Waren zu Zeiten Alexanders III. Armee und Flotte die einzigen Verbündeten Russlands, sind es nun Öl und Gas. Trenin meint diese Erscheinung, wenn er, seine Skepsis nicht verbergend, Russlands gegenwärtige Lage in das Bild vom Vogel kleidet, der mit nur einem Flügel fliegt.

Lilija Ševcova trifft wie so oft den Kern, wenn sie in dieser Perspektive den Kreml dazu aufruft, weniger Machtpolitik zu betreiben und sich statt dessen dem Aufbau einer blühenden Gesellschaft in Russland zu widmen.

Aus folgenden Artikeln wird zitiert

- Bulin, Dmitrij**, »Edinstvo na fone mobilizacii« [Einheit vor dem Hintergrund der Mobilisierung], in: *Političeskij klass*, (September 2008) 9, S. 8–13
- Cymburskij, Vadim**, »Sila ili udača? Novyj šel'f Rossii« [Gewalt oder Erfolg? Der neue Schelf Russlands], in: *Russkij žurnal*, 15.9.2008, S. 10–11

Černjachovskij, Sergej, »Šovinizm naoborot« [Chauvinismus andersherum], in: *gazeta.ru*, 10.9.2008

Illarionov, Andrej, »Vtoraja gruzinskaja vojna. Predvaritel'nye itogi« [Der zweite georgische Krieg. Vorläufige Ergebnisse], in: *grani.ru*, 13.8.2008, <www.grani.ru/Politics/World/Europe/Georgia/m.139978.html>

Karaganov, Sergej, »Novaja cholodnaja vojna« [Ein neuer Kalter Krieg], in: *Rossijskaja gazeta*, 29.8.2008, in erweiterter Fassung in: *Rossija v global'noj politike* (September–Oktober 2008) 5, S. 44–54

Kolganov, Andrej/Buzgalin, Aleksandr, »Kavkazskaja vojna i narodnye interesy« [Der Kaukasuskrieg und die Volksinteressen], in: *Nezavisimaja gazeta*, 11.9.2008

Luk'janov, Fedor, »Dva krizisa i nacional'nye interesy« [Zwei Krisen und die nationalen Interessen], in: *Rossija v global'noj politike*, (November–Dezember 2008) 6, S. 5–6

Makarkin, Aleksej, »Južnaja Ossetija: byla li al'ternativa?« [Südossetien: Gab es eine Alternative?], in: *Eženedel'nyj žurnal*, 14.8.2008

Malyševa, Dina, »Kavkazskij uzel mirovoj politiki« [Der kaukasische Knoten der Weltpolitik], in: *Svobodnaja mysl'*, (2008) 10, S. 19–30

Ševcova, Lilija, »Rossija i Zapad: liberal'nyj vzgljad« [Russland und der Westen: eine liberale Sicht], in: *polit.ru*, 11.11.2008

Trenin, Dmitrij, »Nepraktičnyj pragmatizm« [Nicht-praktikabler Pragmatismus], in: *Pro et Contra*, (September–Dezember 2008), S. 24–32

Tret'jakov, Vitalij, »Avgust 2008-go. Konec. Načalo« [August 2008. Ein Ende. Ein Anfang], in: *Političeskij klass*, (September 2008) 9, S. 14–33

Vlasov, Aleksej, »Konec mnogovektornosti« [Das Ende der Multi-Vektor-Politik], in: *Rossija v global'noj politike*, (September–Oktober 2008) 5, S. 101–112

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2009
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380